

Schweiz

Ueli Maurers Verzicht macht GSoA-Initiative wohl überflüssig

Die Armeegeegner wollen gar nicht unbedingt eine Abstimmung über Kampfjets.

Von Verena Vonarburg, Bern

Die 54 Tiger-Kampfjets der Armee, seit 30 Jahren im Einsatz, sind veraltet und nur bei schönem Wetter und tagsüber einsatzfähig. Nach Meinung der Luftwaffe müsste die Tigerflotte deshalb durch mindestens 22 moderne Kampfjets ersetzt werden. Doch diese kann sich die Armee derzeit nicht leisten, da das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Der Tiger-Teilersatz hätte je nach Offerte 3,5 bis 4,8 Milliarden Franken gekostet.

Der Bundesrat ist gestern vor diesem Hintergrund Verteidigungsminister Ueli Maurer gefolgt: Er verzagt den Kauf neuer Flieger um etliche Jahre. Spätestens 2015 will er grundsätzlich entscheiden, ob ein Kauf erneut ins Auge gefasst werden soll. Erst dann würde eine neue Evaluation erfolgen. Ob und wann die Schweizer Armee überhaupt neue Kampfjets besitzen wird, ist komplett offen, auch wenn der Bundesrat gestern nochmals bekräftigt hat, es brauche zusätzlich zu den bestehenden 33 F/A-18-Maschinen neue Flugzeuge. Maurer hält deren Beschaffung noch in diesem Jahrzehnt, also bis 2020, für möglich.

«Schlicht unverantwortlich»

Vor fast einem Jahr hatte Maurer völlig überraschend schon einmal einen bundesrätlichen Verzicht beantragt. Zwischenzeitlich wurde noch einmal evaluiert, eine Teilbeschaffung diskutiert und alles durchgerechnet. Vor den Medien sagte Maurer gestern, er habe den Antrag, das Geschäft zu verschieben, «schweren Herzens» gestellt. «Wenn Sie kein Geld haben, können Sie nichts kaufen.» Man müsse die Alltagsprobleme prioritär lösen. Grosse Lücken weist die Armee bei der Logistik und beim Material auf. Ein Kauf neuer Flugzeuge zum heutigen Zeitpunkt wäre nach Maurers Einschätzung «schlicht und einfach unverantwortlich».

Bis spätestens 2015 müssen das VBS und das Finanzdepartement nun nach Wegen suchen, wie neue Flugzeuge finanziert werden könnten. Maurer hofft darauf, dass der Kredit für die Sicherheit aufgestockt wird. Der bisherige Budgetrahmen reiche nicht aus. Der Bund müsse im Hinblick auf die nächste Legislaturplanung die politische Grundsatzzurückführung, was die Sicherheit in Zukunft kosten dürfe.

Maurer «GSoA-Ehrenmitglied»

Der Bundesrat erntet mit seinem Vorgehen erwartungsgemäss Applaus von links und provoziert Enttäuschung rechts. Die SP ist erfreut, da sie generell gegen neue Flugzeuge ist, die CVP schreibt von einem «wirtschaftspolitisch und sicherheitspolitisch schlechten Entscheid», die FDP bedauert gleichermaßen wie die SVP, die aber auch Verständnis zeigt. Bei einer Minderheit der SVP, der Pro-Flieger-Fraktion, stösst der Verzicht auf Kritik. Der Solothurner SVP-Nationalrat Roland Borer wirft der Mehrheit des Bundesrats Führungsschwäche vor. Er sende das Signal aus, die Schweiz



Bundesrat Ueli Maurer wird von Armeechef André Blattmann zur Pressekonferenz begleitet. Foto: Michael Buholzer (Reuters)

sei «nicht in der Lage, das Dach über unserem Land in Ordnung zu halten».

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) könne nun Maurer wie auch dem Chef der Armee, André Blattmann, «die lebenslange GSoA-Ehrenmitgliedschaft anbieten». Der Grund: Die GSoA verlangt mit ihrer Initiative ein zehnjähriges Moratorium für neue Kampfjets. Faktisch dürfte der Bundesrat mit seinem Entscheid die Initiative erfüllt haben. Die Initianten reden deshalb von einem grossen Erfolg. Man sei «sehr erfreut, dass die Vernunft gewonnen hat und ein milliardenschwerer Kauf neuer Kampfjets in weite Ferne rückt», heisst es in der GSoA-Mitteilung.

Bleibt die Frage, ob die Initiative nun zurückgezogen wird. Maurer wünscht sich eine Volksabstimmung, um einen Jet-Kauf dereinst von den Stimmenden quasi auf Vorrat legitimiert zu haben. Einen Rückzug müsse man sich überlegen, sagt auf der anderen Seite der GSoA-Mann und Nationalrat Josef Lang von den Grünen. Der Bundesrat bestätigte die zwei Hauptargumente der Initianten: Die Flugzeuge seien nicht dringend und nicht zahlbar. Man wolle auf jeden Fall mit der Initiative keine Grundsatzzurückführung über die Armee an sich provozieren, sondern nur die Kampfjet-Frage entscheiden lassen.

Verstehen nämlich die Stimmbürger die Kampfjet-Initiative als Grundsatzzurückführung - das weiss die GSoA sehr gut -, ist die Abstimmung nicht zu gewinnen. Der Sieger hiesse dann Ueli Maurer. *Kommentar Seite 2*

Rüstungschef

Jakob Baumann geht erst Mitte 2011



Jakob Baumann.

Der Rüstungschef der Schweiz, Jakob Baumann, bleibt noch bis Mitte 2011 im Amt. Erst danach wird er als Chef der Armasuisse abtreten. Zu den Gründen für den Abgang Baumanns wollte sich VBS-Chef Ueli Maurer gestern vor den Medien nicht äussern. Er und Baumann hätten über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses Stillschweigen vereinbart. Sie erfolge aber einvernehmlich. Wie in solchen Fällen üblich, erhalte der Armasuisse-Chef eine Abgangentschädigung von einem Jahreslohn.

Mit seinem Ausscheiden beendet Baumann eine 25-jährige Karriere im Verteidigungsdepartement. Er stieg als Instruktor ein und war später in verschiedenen Funktionen für die Armeepolitik zuständig, wobei er sich um die Armee XXI und den Entwicklungsschritt 08/11 kümmerte. 2008 wechselte Baumann als Chef zur Armasuisse.

Wie das VBS in seiner Mitteilung schreibt, bedankt sich der Bundesrat bei dem früheren Mittelschullehrer für dessen Dienste. (SDA)

Materialmangel

Nun müssen die Handwerker ran

Der Schweizer Armee geht das Material aus. Hohe Beanspruchung, häufige Wartung sowie fehlendes Personal und der generell chaotische Zustand bei der Logistik zwingen Armeechef André Blattmann nun zu einer Notübung: Er wird den Truppen künftig weniger Rüstungsgüter zur Verfügung stellen, wie er gestern vor den Medien ankündigte. Für jede Truppengattung wird neu definiert, wie viel Material sie für Aus- und Fortbildung noch zur Verfügung hat, wobei der Umfang kleiner ausfallen wird als heute. Zudem werden die Wiederholungskurse besser über das Jahr verteilt, sodass weniger Soldaten gleichzeitig Dienst leisten.

Weil dies noch nicht reicht, wird Blattmann auch vermehrt Truppenhandwerker und Wartungsspezialisten aufbieten. Sie sollen einen zusätzlichen Beitrag leisten, um das vorhandene Material einsatzfähig und die Wartungszeiten möglichst kurz zu halten. Um die Probleme bei der Verteilung zu lösen, müssen die Truppen künftig das Material wie einst in den Zeughäusern wieder an festen Abgabestellen abholen. «Die Logistik ist unsere Schwachstelle», sagte Bundesrat Ueli Maurer. Die Fortschritte sind laut seinem Departement bisher unter den Erwartungen geblieben. (fri)

Nachrichten

Libyen-Affäre

GPK-Bericht noch vor Wahl von Calmy-Rey geplant

Die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission will ihren Bericht zur Libyen-Affäre noch vor der Wahl von Micheline Calmy-Rey zur Bundespräsidentin vorlegen, nämlich Anfang Dezember. Dafür beschränkt sie sich auf drei Punkte: Erstens die Planung der Befreiungsaktion der beiden in Libyen festgehaltenen Schweizer Geiseln. Zweitens die Reise des damaligen Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz im Sommer 2009 nach Libyen inklusive der Umstände, die zur Unterzeichnung des Staatsvertrages führten. Drittens sollen die wichtigsten Aspekte der Zusammenarbeit zwischen den Bundesbehörden und dem Kanton Genf untersucht werden. (TA/SDA)

Strafrecht

Bundesrat begrüsst Strafnorm gegen Genitalverstümmelung

Eine separate Strafnorm soll die Verstümmelung von weiblichen Genitalien in der Schweiz verbieten. Der Bundesrat begrüsst ein entsprechendes Vorhaben des Parlaments. Zwar seien bereits heute sämtliche Formen von Verletzung weiblicher Genitalien strafbar, teilte der Bundesrat gestern mit. Ein explizites Verbot sei aber aus politischen Gründen angezeigt: Es setze ein klares Zeichen gegen die Genitalverstümmelungen bei Mädchen und Frauen. Vorgesehen sind Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren oder Geldstrafen nicht unter 180 Tagessätzen. Weiter soll - im Unterschied zum geltenden Recht - eine im Ausland begangene Verstümmelung in der Schweiz auch dann bestraft werden können, wenn sie am Tatort erlaubt ist. (SDA)

Doppelbesteuerungsabkommen

Bankgeheimnis wird nicht für alle Staaten gelockert

Der Bundesrat hat gestern sechs neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) ans Parlament verabschiedet. Nur in den Verträgen mit Japan, Polen, der Türkei und den Niederlanden wird die Amtshilfe auf Fälle schwerer Steuerhinterziehung ausgedehnt. Die DBA mit Georgien und Tadschikistan verzichten dagegen vorläufig auf eine erweiterte Amtshilfeklausel nach OECD-Standard. Hier stehen der rasche Abschluss eines DBA für die Schweiz und die beiden Vertragspartner im Vordergrund, erklärte das Finanzdepartement. (SDA)

Präsidentenwahl

Herbert Winter zum Chef des Rats der Religionen gewählt

Herbert Winter wird neuer Vorsitzender des Schweizerischen Rates der Religionen (SCR). Der SCR hat den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) gestern einstimmig für die Amtsdauer 2011 bis 2013 gewählt. Rechtsanwalt Winter folgt auf Pfarrer Thomas Wipf, der per Ende 2010 sein Amt als SCR-Vorsitzender gleichzeitig mit dem Präsidium des Rates des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) aufgeben wird. (SDA)



Herbert Winter. Foto: Dominique Meienberg

Affäre Hainard

Neuenburger wählt Ende Oktober neuen Regierungsrat

Die Neuenburger Regierung hat gestern die Ersatzwahlen für den zurückgetretenen Frédéric Hainard (FDP) auf den 31. Oktober angesetzt. Sollte dann kein Nachfolger erkoren werden, findet am 21. November eine zweite Runde statt. Spätestens am 31. Oktober muss zudem die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ihren Bericht zu Hainard vorlegen, dem Amtsmisbrauch und Vetterwirtschaft vorgeworfen wird. Der Regierungsrat hat Hainard - wie von diesem gewünscht - ab sofort von dessen Funktion als Volkswirtschaftsdirektor entbunden. (SDA)

Schlampige Beizer müssen mit schlechter Werbung rechnen

Lebensmittelinspektoren sollen Schmutzwirte künftig anprangern dürfen. Anders als geplant, wird die Bekanntgabe der Resultate aber nicht obligatorisch.

Von Daniel Friedli, Bern

Wie sauber und hygienisch ist das Lieblingsrestaurant oder die nahe Bäckerei? Diese Frage interessiert nicht nur Gäste und Kunden. Sie beschäftigt auch die Politik. So hat der Bundesrat letztes Jahr im neuen Lebensmittelrecht folgenden Vorschlag gemacht: Die kantonalen Lebensmittelinspektoren sollen die Betriebe entsprechend dem Ergebnis bei den Hygienekontrollen in verschiedene Kategorien einteilen. Diese Beurteilung wäre dann - obligatorisch - der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Gedacht

wurde zum Beispiel an eine Publikation der Listen im Internet.

Gegen diesen Plan liefen die Wirte Sturm. Ein solcher Internetpranger sei unverhältnismässig und erinnere an Methoden aus dem Mittelalter, empörte sich ihr Dachverband Gastro Suisse in der Vernehmlassung - offenbar nicht ganz ohne Wirkung. Denn der Bundesrat hat gestern dem Innendepartement von Didier Burkhalter den Auftrag erteilt, zum umstrittenen Punkt der Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse neue Vorschläge auszuarbeiten.

Wieder einen Schritt zurück

Am Prinzip, dass eine gesetzliche Grundlage für die früher einmal explizit verbundene Bekanntgabe der Resultate geschaffen wird, will der Bundesrat zwar nicht mehr rütteln. Doch so weit wie im aktuellen Vorschlag, so heisst es im zuständigen Bundesamt für Gesundheit, werde

man wohl nicht gehen. Ein Obligatorium zur Veröffentlichung der Testresultate werde es nicht geben.

Wirte fürchten Rufschaden

Die Wirte sind damit jedoch noch nicht zufrieden. Sie lehnen jede Veröffentlichung als zu aufwendig, kompliziert und auch als ungerecht ab. Die entdeckten Mängel seien oft nur Bagatellen, sagt Gastro Suisse-Direktor Anton Schmutz. Eine sofortige Anprangerung deswegen führe bei den Gästen zu einem falschen Eindruck und bringe Wirte zu Unrecht in Misskredit.

Die Konsumentenschützer pochen umgekehrt darauf, dass die Kontrollresultate auf jeden Fall veröffentlicht werden - und zwar am liebsten dort, wo sie den Gästen am meisten nützen: im Restaurant selber. Den Widerstand der Wirte gegen eine solche Lösung kann die Stiftung für Konsumentenschutz nicht

verstehen. Schliesslich könne man die Hygiennoten auch gezielt für das Marketing einsetzen.

Dass dieses Argument indes nicht für alle gilt, zeigen die jeweiligen Jahresberichte der kantonalen Lebensmittelinspektorate. Im Kanton Bern entdeckten diese 2009 bei 75 Prozent der überprüften Betriebe zumindest einzelne Mängel. In rund 1000 Betrieben (14 Prozent) wurden die Missstände als erheblich oder gross taxiert. Die Zürcher Kontrollen beurteilten ihrerseits die Lebensmittelsicherheit bei 39 Prozent der überprüften Betriebe als leicht eingeschränkt. In 7 Prozent der Betriebe waren grössere Mängel vorhanden. Am häufigsten werden jeweils mangelhafte Hygiene, fehlende Kennzeichnungen, zu hohe Temperaturen im Lager der vorgekochten Speisen oder die lückenhafte Dokumentation über die Selbstkontrolle der Wirte beanstandet.